

Alle Geschäfte in unserem Sinn...aber es ging leider nicht um Kernthemen von uns Grünliberalen oder besonders umstrittene Anliegen

Sitzung vom Montag, 25. August 2014

Verfasser: Andreas Hasler

Verordnung über die Anwaltsgebühren (Hans Wiesner)

Soll der Ansatz für amtliche Pflichtverteidiger von 200 auf 220 Franken pro Stunde erhöht werden? Ja, findet Hans Wiesner, denn allein die seit der letzten Erhöhung vor 11 Jahren aufgelaufene Teuerung beträgt 6.5%. So beträgt die bereinigte Erhöhung effektiv lediglich 7 Franken. Der Anwaltverband hatte 260 Franken gefordert. Der Kantonsrat stimmte der Erhöhung mit 108:60 Stimmen zu.

Amtszeitbeschränkung für Mitglieder der Aufsichtskommissionen (Stefanie Huber)

Die Parlamentarische Initiative (PI) will, dass die Amtszeit von Mitgliedern der Aufsichtskommissionen auf 8 Jahre beschränkt wird. Der wesentliche Punkt für ein gutes Funktionieren einer Kommission sei die gute Durchmischung mit amtsjungen und –alten Personen, sagte Stefanie Huber. Und weiter: „Wenn dem Kantonsrat eine Person zu lange in einer Kommission ist, so muss er sie ja nicht für eine weitere Amtszeit wählen.“ Die Grünliberalen unterstützten die PI deshalb nicht. Sie wurde trotzdem mit 67 Stimmen vorläufig unterstützt (für eine vorläufige Unterstützung genügen 60 der 180 Stimmen im Kantonsrat). Jetzt muss sich eine Kommission damit beschäftigen.

Besoldungen der Mitglieder des Regierungsrats (Benno Scherrer)

Die PI will, dass Entschädigungen, welche Regierungsräte aus ihrer Amtstätigkeit erhalten, an die Staatskasse gehen. Benno Scherrer begründete die grünliberale Unterstützung der PI: „Alles muss im Rahmen der Zeit erledigt werden, die ein Regierungsrat zur Verfügung hat – und für die er oder sie bezahlt ist.“ Die PI wurde mit 149 Stimmen vorläufig unterstützt.

Bundesrechtswidrige Bestimmung im Strassengesetz (Andreas Hasler)

Entgegen den bundesrechtlichen Vorgaben werden Strassenprojekte der Gemeinden nur in Spezialfällen von einer kantonalen Behörde genehmigt. Dies sei anzupassen, begründete Andreas Hasler seine PI, welche mit 73 Stimmen vorläufig unterstützt wurde.

Änderung der Beiträge für Kleinkinderbeiträge der Gemeinden (Christoph Ziegler)

Die PI will die Kleinkinderbetreuungsbeiträge (KKBB) abschaffen. „Die KKBB setzen einen falschen Anreiz, indem sie jungen Müttern die Integration in die Arbeitswelt erschweren; das Geld wird deshalb auch als „Herdprämie“ bezeichnet“, argumentierte Christoph Ziegler. KKBB ergäben zudem eine ökonomische Scheinunabhängigkeit; nach zwei Jahren komme dann das böse Erwachen, wenn die Beiträge nicht mehr im gleichen Ausmass hereinkämen. Insgesamt gebe es heute mit Mutterschaftsversicherung, angepasster Alimentenhilfe, bezahlter Stillzeit am Arbeitsplatz und massiv ausgebauten Angeboten an subventionierten Krippenplätzen eine Vielzahl von Instrumenten, um junge Familien zu fördern. Die KKBB seien deshalb unterdessen nicht mehr wirklich nötig. Die PI wurde mit 95 Stimmen vorläufig unterstützt.

Kompetenz- und Verantwortungserweiterung der Schulleitungen (Andreas Erdin)

Die PI will bei der Mitarbeiterbeurteilung Kompetenzen von den Schulpflegern zu den Schulleitungen verschieben. „Kernaufgabe der Schulpflege sind Schulbesuche, und diese sollen weiterhin durchgeführt werden“, fasste Andreas Erdin die grünliberale Haltung – und Ablehnung – zusammen. Die PI verfehlte mit 42 Stimmen die vorläufige Unterstützung.